

Das Covid-Zertifikat verstärkt einsetzen? Diese Frage spaltet die Landespolitik

Ein Impfblogatorium für Pflegekräfte lehnen jedoch Vertreter aller Parteien ab – auch wenn diese erst zur Hälfte durchgeimpft sind.

Elias Quaderer

Dass ein verstärkter Einsatz des Covid-Zertifikats die Impfbereitschaft steigern kann, hat Frankreich gezeigt: Nachdem Präsident Macron vergangene Woche angekündigt hat, dass künftig für zahlreiche öffentliche Einrichtungen ein 3G-Nachweis notwendig wird, meldete sich innert eines Tages eine Million Franzosen für die Impfung an.

In Liechtenstein gerät die Impfkampagne hingegen immer mehr ins Stocken. Doch Vertreter der Landespolitik zeigen sich bezüglich der Frage, ob eine Ausweitung des Covid-Zertifikats angezeigt wäre, gespalten. Landtagspräsident Albert Frick wollte sich zum Zertifikat nicht einmal äussern. Er habe kein Interesse am Thema, erklärte Frick auf Anfrage.

DpL gegen Covid-Zertifikat, FL für kostenlose Tests

«Für mich kommt das nicht in Frage. Ich möchte keine Ausweitung der Impfprivilegien», stellt der DpL-Abgeordnete Thomas Rehak klar. Aus seiner Sicht sind keinerlei Schutzmassnahmen zu rechtfertigen, sobald alle Landesbewohner die Möglichkeit gehabt haben, sich impfen zu lassen. «Dieser Zeitpunkt wird in Kürze eintreffen», so Rehak. Allerdings sind weiterhin gut 47 Prozent der Landesbewohner nicht geimpft. Damit würde mit einer baldigen Aufhebung aller Schutzmassnahmen Liechtenstein wohl erneut eine Coronawelle drohen. Rehak entgegnet, er gehe davon aus, dass bei einer Zunahme der Coronafälle auch die Impfzah-



DpL-Präsident Thomas Rehak: «Ich möchte keine Ausweitung der Impfprivilegien.» Bild: Daniel Schwendener

len wieder steigen. Aber wäre nicht zum Schutz von Personen, die sich aus gesundheitlichen Gründen nicht impfen können, eine schnellere Durchimpfung der Bevölkerung anzustreben? «Man kann nicht alles haben. Es gibt nun einmal bestimmte Risiken im Leben», meint der DpL-Abgeordnete.

Eine andere Haltung vertritt Patrick Risch, Fraktionssprecher der Freien Liste. Für ihn gilt: «Bevor wir wieder in einen Lockdown gehen oder Geschäfte schliessen, sollten wir den Einsatz des Covid-Zertifikats ausweiten.» Jedoch unter-

streicht Risch, dass auch die Coronatests Teil des Zertifikats sind. Aus seiner Sicht sollten der Bevölkerung weiterhin beide Optionen – die Impfung oder der Test – offenstehen. Aus diesem Grund kritisiert der FL-Abgeordnete auch, dass die Regierung entschieden, ab Ende August die Kosten für Coronatests nicht mehr zu übernehmen. Risch rechnet damit, dass die Unentschlossenen irgendwann von alleine von den Tests zu den Impfungen wechseln werden. «Aber momentan ist es noch viel zu früh. Jetzt werden sie in den Entscheid hineingedrängt.

Die Regierung gibt einen zu schnellen Takt vor.»

Ja zu Zertifikat-Ausweitung, nein zu Diskriminierung

Die Vertreter der beiden Grossparteien sind sich grundsätzlich einig: Der Einsatz des Zertifikats soll ausgeweitet werden, aber Ungeimpfte dürfen dadurch nicht diskriminiert werden. So befürwortet VU-Fraktionssprecher Manfred Kaufmann, dass das Covid-Zertifikat für Geimpfte an Bedeutung gewinnt. Es dürfe nicht sein, dass man trotz Impfung noch einen «meines Erachtens nicht ganz schmerz-

befreiten PCR-Test machen muss.» Sogleich betont Kaufmann aber, gegen eine Schlechterstellung von Nichtgeimpften zu sein. Denn «mit unterschiedlichen Berechtigungen und Privilegien könnte die Gesellschaft gespalten werden.»

Die FDP-Abgeordnete Karin Zech-Hoop teilt die Ansicht Kaufmanns. Sie hält fest: «Eine vermehrte Verwendung des Zertifikats befürworte ich. Jedoch darf es nicht dazu genutzt werden, andere Personen auszuschliessen.»

Pflegekräfte genauso impfbereit wie Bevölkerung

Nicht nur die Zertifikatspflicht will Frankreich ausdehnen. Bis zum 15. September müssen sich alle Pflegekräfte gegen das Coronavirus impfen lassen. Damit steht Frankreich nicht alleine da. Auch in Griechenland, Italien und Grossbritannien müssen sich Mitarbeiter im Gesundheitswesen impfen lassen.

In Liechtenstein scheinen sich die Vertreter der Politik in diesem Punkt aber einig zu sein: Ein Impfblogatorium für Pflegekräfte wird es im Fürstentum nicht geben. Im Sinne für alle spricht Manfred Kaufmann, indem er festhält: «Ich bin gegen eine Impfpflicht, da diese gegen die persönliche Freiheitsrechte verstösst.»

FL-Fraktionssprecher Patrick Risch meint: «Man kann doch nicht sagen, dass nur weil jemand den Beruf Krankenpfleger ergriffen hat, er sich jetzt impfen lassen muss.» Thomas Rehak räumte zumindest ein, dass er sich bei einer geringen Impfquote der Pflegekräfte wenigstens Gedanken darüber machen

würde. «Sollte beim Pflegepersonal die Durchimpfung nur bei 50 Prozent liegen, wäre das zu niedrig», so Rehak. Aber er gehe davon aus, dass die allermeisten Pflegefachkräfte bereits geimpft sind.

Eine Anfrage bei der Regierung ergibt aber, dass wohl erst die Hälfte der Pflegekräfte durchgeimpft ist. So führt Generalsekretär Martin Hasler aus, dass der Regierung keine genauen Zahlen zur Anzahl Pflegekräfte im Land vorliegen. Aber: «Aus unserer Perspektive scheint die Impfbereitschaft der Pflegekräfte ungefähr jener der Gesamtbevölkerung zu entsprechen.» Auf die Nachfrage, ob somit auch nur etwa die Hälfte der Pflegekräfte ihre zwei Pikse erhielt, antwortet Hasler: «Gemäss unseren Informationen schon.»

Persönliche Schreiben und mehr Spontan-Impfungen

Wie zufrieden sind die Abgeordneten mit der Impfkampagne? «Es wurde noch nicht alles ausgeschöpft, um die Bevölkerung für die Impfung zu animieren», meint Patrick Risch. Der FL-Abgeordnete schlägt vor, dass man Unschlüssige persönlich anschreiben könnte, um sie von der Impfung zu überzeugen. Thomas Rehak bemängelt, dass die Regierung zu wenig Aufklärungsarbeit betreffend der Impfung leiste. Sie solle vermehrt über deren Vor- und Nachteile informieren. Dagegen ist Manfred Kaufmann der Ansicht, dass die Bevölkerung genügend aufgeklärt wurde. Er wünscht sich aber weitere Spontan-Impfungen ohne vorherige Terminanmeldung.

Regierung öffnet Betriebstests auch für vollständige Geimpfte

Die liechtensteinische Regierung hat ihre Empfehlung für Coronatests angepasst.

Seit Ende April gibt es in Liechtenstein freiwillige Corona-Betriebstests. Mittels PCR-Spucktest können sich Mitarbeitende wöchentlich kostenlos testen lassen. Bisher wurden über 14 000 Tests durchgeführt. Dabei wurden 12 positive Resultate festgestellt. Wie Gesundheitsminister Manuel Frick vor einer Woche erklärte, werden die Betriebstests wie auch die Schultests bis zum 1. Oktober weitergeführt.

Diese Tests dürften gerade nach den Sommerferien an Bedeutung gewinnen. Alle Fachleute gehen davon aus, dass die Anzahl der Infektionen aufgrund von Reiserückkehrern steigen wird. Dies dürfte auch der Grund sein, warum das Gesundheitsministerium die Empfehlung für die Betriebstests angepasst hat. Bisher hiess es, dass diese Tests für vollstän-



Mit Flyern in sechs Sprachen will die Regierung zur Impfung animieren. Bild: zvg

dig Geimpfte «keinen Sinn» machen. Seit Dienstag heisst es im Merkblatt: «Das Testprogramm steht auch vollständig geimpften Personen zur Verfü-

gung.» Zwar schützt die Impfung gemäss den Herstellern vor einem schweren Covid-19-Verlauf, doch wirkt sie, wie etwa bei der Grippeimpfung, nicht zu 100 Prozent. Die in Liechtenstein eingesetzten Impfstoffe Moderna und Pfizer-Biontech reduzieren gemäss den Zulassungsstudien nach doppelter Impfung das Ansteckungsrisiko um 95 Prozent.

Unternehmen sollen bei Impfkampagne helfen

Die Impfwilligkeit in Liechtenstein ist in den letzten Wochen ins Stocken geraten. Aktuell sind 46,7 Prozent der Bevölkerung doppelt gegen das Coronavirus geimpft.

Gesundheitsminister Frick bezeichnet in einem Schreiben an alle Unternehmen die Ausgangslage als gut. «Gleichzeitig ist die Impfquote in Liechten-

stein zu niedrig, um eine erneute Pandemiewelle insbesondere angesichts der Verbreitung der Delta-Variante zu verhindern», schreibt Frick. Um noch Personen zur Impfung zu animieren, setzt der Gesundheitsminister auf Flyer. Diese wurden auch ins Italienische, Spanische, Portugiesische, Kroatische und Türkische übersetzt. «Ich möchte Sie darum bitten, die Flyer über in Ihrem Unternehmen etablierte Kommunikationswege allen Mitarbeitenden zur Kenntnis zu bringen», appelliert Manuel Frick.

Das Impfzentrum im Spoerry-Areal in Vaduz will die Regierung noch bis 24. September betreiben. Der letzte Termin für eine Erstimpfung wird deshalb am 27. August sein.

Patrik Schädler



Regierungsrat Manuel Frick, Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer und KUB-Direktor Thomas D. Trummer (v. l.). Bild: ikr

Regierungsrat Manuel Frick bei den Bregenzer Festspielen

Regierungsrat Manuel Frick nahm am 21. Juli an der Eröffnung der 75. Bregenzer Festspiele teil. Unter den zahlreichen Gästen waren unter anderem der österreichische Bundespräsident Alexander Van der Bellen, Bundeskanzler Sebastian Kurz sowie die Bundesminister Alexander Schallenberg und Martin Kocher. Am Rande der Eröffnung traf

sich Regierungsrat Frick mit der österreichischen Kunst- und Kulturstaatssekretärin Andrea Mayer zu einem informellen Austausch über aktuelle Kulturthemen und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Liechtenstein und Österreich. Am Abend wohnte der Regierungsrat der Premiere der Oper «Nero» im Festspielhaus bei. (ikr)